



AUS DER ERSTEN BÜRGERFRAGESTUNDE

Neues von der Kläranlage

In der Kläranlage Mörfelden wurden ein Schlammeindicker und eine Presse ausgebaut und entsorgt. Sie sollen durch 2 Zentrifugen ersetzt werden. In der neu eingeführten „Bürgerfragestunde“ hatte Jürgen Hardt aus Walldorf dazu eine Frage eingereicht: „Warum eine so große Entwässerung - zwei Maschinen für 30 cbm/h Klärschlammfördermenge? In Rüsselsheim steht eine gleiche Maschine, für 98 000 Einwohnerwerte.“

Die Antwort des Ersten Stadtrats Ziegler:

„Gemäß der aktuellen Planung sind 2 Dekanter mit einer Leistung von bis zu 25 m³/h vorgesehen, die unter üblichen Verhältnissen mit einem Durchsatz von rund 20 m³/h betrieben werden sollen. Dabei ist davon auszugehen, dass unter diesen Verhältnissen der zu erwartende Schlammfall im Rahmen der üblichen Betriebszeiten entwässert werden kann.“

Bei Störungen und/oder wartungsbedingten Außerbetriebnahmen wird der zweite Dekanter als Redundanz benötigt. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass beide Dekanter im Normalbetrieb wechselseitig betrieben werden sollen, um eine gleichmäßige Betriebsstundenanzahl der Aggregate zu gewährleisten.“

Wir haben diese Antwort ein paar Fachleuten vorgelegt und einhellig

zur Antwort bekommen: „Das ist Quark!“

Der Faulturm auf der Kläranlage hat eine Kapazität von 1500 Kubikmetern. Die Aufenthaltszeit im Faulturm sollte 24 bis 30 Tage sein (entspricht einer Beschickung von 50 bis 62,5 Kubikmeter pro Tag).

Eine Zentrifuge, die 25 Kubikmeter pro Stunde bewältigt, muss nicht jeden Tag in Betrieb sein, sondern kann maximal an 3 Tagen für jeweils ca. 6 Stunden laufen. Das wären dann ca. 450 Kubikmeter Schlamm. Da die TS (Trockensubstanz) im Bereich von 2-3 g / Liter liegt, kann man sogar mit einem höheren Durchfluss rechnen. Man spart Energie, wenn die Zentrifuge nicht jeden Tag läuft. Man braucht auf keinen Fall eine zweite Zentrifuge, weil der Schlamm ganz einfach zwischengelagert werden kann, wenn die Zentrifuge einmal ausfällt oder gewartet werden muss.

Und wenn man schon mit Fachleuten zusammensitzt, dann kommt beiläufig auch noch mehr heraus:

Der bisher eingesetzte Schlammeindicker und die Presse wurden offenbar entsorgt, obwohl es dafür einen Gebraucht-Markt gibt und zumindest eine Kläranlage in der Umgebung sie „mit Kuschhand genommen hätte“.

Fortsetzung auf Seite 2



Die Friedensbewegung ruft auf zur Teilnahme an den Ostermärschen 2020:

„Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!“

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen ausgeweitet werden. Ministerin Kramp-Karrenbauer fordert Einsätze im Pazifik und im Indischen Ozean - zur Sicherung von deutschen Handelsinteressen. Damit droht eine Konfrontation mit China.

In Europa stehen sich NATO und Russland bedrohlich gegenüber.

Die Kündigung des INF-Vertrags zuerst durch die USA, dann durch Russland, hat die Gefahr eines Atomkriegs in Europa drastisch erhöht.

Die EU soll zur weltweit agierenden Militärmacht ausgebaut werden.

Die Rüstungsausgaben sollen auf 2% des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden. Dies wäre nahezu eine Verdoppelung auf 67 Milliarden Euro jährlich. Während dessen fehlt das Geld für Bildung, Soziales, Umweltschutz und Infrastruktur.

Diesen Bestrebungen stellen wir uns entgegen.

Nein zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik.

Nein zur Militärmacht EU.

Nein zur Konfrontationspolitik.“

Fortsetzung von Seite 1

Die neuen Zentrifugen können vorerst nicht eingebaut werden, weil die Statik der Pressehalle dafür nicht ausreicht. Sie muss zunächst aufwendig mit einer Innenstruktur verstärkt und ausgebaut werden. Das habe man vorher nicht gewusst. Die vom Regierungspräsidium abgestempelten Pläne hätten eine ausreichende Statik ausgewiesen, nur leider sei die Halle vor 30 Jahren nicht konsequent nach diesen Plänen errichtet worden. Diese Tatsache hätte aber bekannt sein können, wenn man vor dem geplanten Maschinentausch einmal Soll- und Istzustand verglichen hätte. Grund zu der Annahme, dass man diese Anlagenteile damals nicht ganz so gebaut hatte, wie es in den Plänen stand, war gegeben: Es gab schon einmal Probleme mit Referenz-Meßpunkten, die nicht stimmten. Eines der Klärbecken liegt aus diesem Grund etwas tiefer als das andere. Man hätte also gewarnt sein können - in der Ära Brehl wurde ja so manches Mal nach der Maxime gearbeitet: „So genau kommt’s nicht drauf an.“

In der Zwischenzeit, die für die Ertüchtigung der Pressehalle notwendig ist, wird die Schlammbehandlung durch einen mobile Mietpresse vorgenommen, die nach einer Internet-Recherche um die € 800.00 pro Tag kosten dürfte.

Da kann man nur hoffen, dass die Rekonstruktion der Halle nicht so lange dauert wie der Bau des Flughafens Berlin.

Aber wenn man weiß, dass dies nicht die einzige Fehlplanung war, dann erklären sich die Nervositäten bei Stadtwerke-Dezernent Burkhard Ziegler und seinem Umfeld. Und vielleicht erklärt das sogar die plötzliche Kündigung des technischen Leiters der Stadtwerke. Der hat jetzt - wie man hört - den von ihm nach dem unwirksamen Rausschmiss der Stadtwerke-Betriebsleiterin Sabine Freter besetzten Stuhl geräumt, bevor er auch für ihn zum Schleudersitz wird. Fakt ist und bleibt: Die Stadt steuert auf eine Abwassergebühr von 5,- € pro Kubikmeter zu (Frankfurt: 1,45 €!), wenn diese Entwicklung nicht schnellstens gestoppt wird.

KOMMUNALES

Altenhilfezentrum und AWO

DKP/Linke Liste beantragt Akteneinsicht

Angefragt hatte die DKP/LL-Fraktion, ob die Vorgänge um das Altenhilfezentrum (AHZ) Mörfelden-Walldorf Teil des AWO-Skandals sind.

Die Frage, ob daran gedacht ist, die Vorgänge um die vorzeitige Vertragsauflösung zu überprüfen bzw. überprüfen zu lassen wurde verneint.

Aus der Begründung: „... aus unserer Sicht ist kein Zusammenhang zwischen den aktuellen Auseinandersetzungen um die AWO Frankfurt/Wiesbaden und den Vorgängen um die Auflösung des Vertrags in 2014 und 2015 mit der damaligen Betreiberin des Altenhilfezentrums, der Johanna-Kirchner-Stiftung, herstellbar ...“



Bürgerprotest erfolgreich - Schwimmbad-Eröffnung zum 16. Mai angekündigt

Die DKP/Linke Liste hatte eine Anfrage zur Schwimmbadsaison 2020 gestellt.

Zur Frage nach dem Abschluss der Arbeiten zur Erneuerung der Schwimmbadtechnik zum üblichen Saisonbeginn schreibt der Leiter des Stadtplanungs- und Bauamts: „Es gibt dafür keine 100%ige Sicherheit ... Der übliche Saisonbeginn wird aber von allen Beteiligten ... mit aller Kraft angestrebt.“

Auf Nachfrage teilte er mit, dass inzwischen alle Aufträge vergeben

Schon 2015 blieben viele Fragen offen. Berichtsanhträge der DKP/LL wurden damals abgelehnt. Ein Akteneinsichtsausschuss wurde nicht eingesetzt mit der Begründung, es handele sich um einen nicht abgeschlossenen Vorgang.

Aus unserer Sicht Grund genug, angesichts der inzwischen laufenden Ermittlungen wegen Betrug und Untreue in Frankfurt und Wiesbaden der Sache jetzt noch einmal nachzugehen.

Die DKP/LL-Fraktion hat deshalb die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses zur Einsicht in die Unterlagen der Verwaltung zum Altenhilfezentrum Mörfelden - hier Verhandlungen und Vereinbarungen in den Jahren 2010-2015 - verlangt.

Als Akteneinsichtsausschuss wurde nun der Haupt- und Finanzausschuss bestimmt.

wurden. Der Amtsleiter des Sport- und Kulturamts schreibt: „Sollten keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, kann die Saisonöffnung zum 16.05.2020 wie geplant gewährleistet werden.“

Dietmar Treber (DKP/LL) bedankte sich bei der Verwaltung für die erfreulichen Nachrichten und bei den aktiven Schwimmbadnutzerinnen und -nutzern, die mit öffentlichen Aktionen erfolgreich Druck auf den Stadtkämmerer und die SPD/FW/FDP-Koalition machten.

Die hatten im Vorfeld der Haushaltsberatungen sogar eine Schließung des Schwimmbads für zwei Jahre nicht ausgeschlossen. SPD und FW ereiferten sich: „Die Aufregung war völlig unnötig.“ „Niemand hatte die Absicht, das Schwimmbad zu schließen.“ „Die DKP treibt Bürger in Badehosen auf die Straße.“

Sie sollten mal über ihre Haltung zu Bürgerprotest - engagierten Menschen, die für ihre Interessen aktiv werden - nachdenken.



Die Einheit - eine Abrechnung

„Mit der Mauer war jegliche Zurückhaltung der Sieger gefallen.“ Die vermeintlichen Sieger der Geschichte haben das Erbe der „Brüder und Schwestern“ komplett ausgeschlagen. Mit diesen Sätzen beginnt das Buch von Daniela Dahn „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“. Die Geschichte des Anschlusses der DDR ist eine Geschichte von Demütigungen, einer Verachtung ihrer Kultur, Literatur, Wirtschaft und sozialen Infrastruktur, die immer weiter fortwirkt. Dagegen steht eine geschichtsvergessene Ignoranz.

Erstmals beschäftigt sich die Autorin auch mit der Frage, wie das Ende des sozialistischen Systems die Welt verändert hat. Die „siegreiche“ Demokratie hat überall an Vertrauen verloren, weil sie von den Eliten, die sie tragen sollen, permanent entwertet wird. Und vor den großen Fluchtbewegungen der letzten Jahre stand die konsequente Weigerung, auch nur ein wenig davon zurückzugeben, was der „Raubmensch-Kapitalismus“ sich zur Beute gemacht hat. Für das vereinigte Deutschland zeigt Daniela Dahn: Bevor der Rechtsextremismus die Mitte der Gesellschaft erreicht hat, kam er aus der Mitte des Staates. Aus Teilen des Sicherheitsapparates, der Bundeswehr, der Verwaltung.

Die Einheit - sie war eine feindliche Übernahme auf Wunsch der Übernommenen. Was hat die „friedliche Revolution“ den Menschen in Ost und West gebracht? Manche Annehmlichkeit, sicher, aber revolutioniert wurde nichts. Die innere Spaltung setzt sich fort. Während der Osten dämonisiert und entsorgt wurde, frönt der Westen inzwischen einem enthemmten Kapitalismus. Schnee von gestern? Nein! Denn die Welt ist keineswegs besser geworden, sondern natur- und menschenfeindlicher, kriegerischer, nationalistischer und unsolidarischer. Die eigentliche Revolution steht noch aus.

Eine gemeinsame Erinnerungskultur, gibt es in Deutschland noch nicht.

Das Buch ist im Rowohlt-Verlag erschienen (14,- €)



Manche gruseln sich, wenn sie dieses Wort lesen. Wer aber weiß, wie es heute auf dem „Wohnungsmarkt“ zugeht, in Berlin, in München, in Frankfurt - oder auch bald im Umland von Frankfurt - sollte sich mit den Möglichkeiten, die unser Grundgesetz bieten, befassen.

Das gilt auch für die Planer in den Rathäusern und vor allem auch für Kommunalpolitiker, die längst vergessen haben, was ihre eigene Partei einst forderte.

Grundgesetz im Wortlaut

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfall der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Eigentum verpflichtet

Lange waren diese Artikel des Grundgesetzes höchstens etwas für linke Politik- und Jurastudierende. Tatsächliche Relevanz hatte die Bestimmung, nach der „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel“ zum „Zwecke der Vergesellschaftung (...) in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt“ werden können, eigentlich nicht. Das hat sich geändert.

Zu groß ist der Unterschied zwischen Superreichen und der „Normalbevölkerung“ geworden. Zu groß die Zahl der Kapitalisten, die mit Grund und Bauland spekulieren und Wohnungsbau und kommunale Gestaltungs-

möglichkeiten behindern. Das gilt auch für unsere Stadt.

Im Februar-„blickpunkt“ schrieben wir: „Wir sind uns sicher: Die Wörter ‚Enteignung‘ oder ‚Sozialisierung‘ sind schon lange auf keiner Mitgliederversammlung der hiesigen SPD gefallen.“ Wir wurden darauf angesprochen, und wir hatten recht.

Wie wir wissen, will die SPD wieder „SPD“ werden. Also, „back to the roots“. So ein Ortsverein hat natürlich nicht all zu große Möglichkeiten. Aber ab und zu sollte man merken: da gibt es neue Ansätze. Es wird gerade im kommenden Kommunalwahlkampf viele Möglichkeiten geben, sie zu formulieren und danach zu handeln.



Kundgebung auf dem Erfurter Domplatz. Auf dem Domplatz versammelten sich über 18.000 Teilnehmer, die anschließend in einer langen Demonstration durch Thüringens Hauptstadt und an der Staatskanzlei vorbeizogen. Weitere 2000 blockierten gleichzeitig einen europäischen Neonazi-Aufmarsch in Dresden.

Gegen die neuen Nazis Viele Demonstrationen und Kundgebungen

Es ist gut, wenn es sofort Proteste gab. Es ist wichtig, wenn sich - auch in unserer Stadt Organisationen, wie z.B. „Omas gegen rechts!“ Stellung beziehen. Es ist unvergessen, dass es vor dem Bürgerhaus am 4. September 2018 eine große Kundgebung gegen die AfD gab. Auch an die jährlichen Kundgebungen der „Aktion Toleranz“ sei erinnert. An jedem 9. Nov. gibt es dieses Treffen zur Erinnerung und gegen rechte Umtriebe am Platz, auf dem die Mörfelder Synagoge stand. Es ist richtig, wenn fast in jeder Ausgabe dieser Zeitung über Nazi-Umtriebe und Widerstand berichtet wird (Über die Ereignisse in Hanau müssen wir später berichten). An Tagen wie diesen spürt man: Die Arbeit der Unermüdlichen ist nicht umsonst. Natürlich kann der Widerstand stärker werden. Dann, wenn andere Parteien, Organisationen, Vereine und Kirchen öffentlich Stellung beziehen.

Man muss aus der Geschichte lernen. Zur Erfurter Kundgebung hatten dutzende Organisationen aufgerufen, darunter die Gewerkschaften, die Linkspartei, die DKP, Naturfreunde, Migranten-, Jugend- und Rentnergruppen („Omas gegen Rechts“) und unzählige antifaschistische Initiativen.

„Nicht mit uns! Kein Pakt mit Faschisten - niemals und nirgendwo!“, das war die Antwort auf dem Erfurter

Domplatz. Zehn Tage zuvor hatte die Wahl des Ministerpräsidenten mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP im Thüringer Landtag gezeigt, dass die herrschenden Eliten wieder bereit sind, mit Faschisten zusammenzuarbeiten. „Das ist ein Tabubruch, den wir nicht akzeptieren dürfen“, hieß es.

ERINNERT



Hindenburg- Hitler und Björn Höcke (AfD)

Karl Marx schrieb: ...dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen... das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.

Der FDP-Politiker Thomas Kemmerich ließ sich von der Höcke-AfD zum Ministerpräsidenten wählen. Ein einzigartiger Vorgang? Erinnern wir uns: Die FDP forderte 1949, nur vier Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft, zusammen mit anderen Parteien: „Schluss mit der Entnazifizierung“. Heute haben sich Teile der CDU und FDP der AfD angenähert, und in Ländern wie Österreich regieren Rechtsextreme mit. Kenner werden bei dem Foto von Höckes Glückwunsch für FDP-Kemmerich an ein anderes Foto gedacht haben: Hindenburg und Hitler. Zwei Bilder, eine Pose: Faschisten greifen dreist-devot nach der Macht.

„How dare you - wie konnten sie es wagen, solche Bündnisse zu schließen?“ schrieb Esther Bejarano in einer Erklärung. Das Statement der 95-jährigen Musikerin, KZ-Überlebenden und Vorsitzenden des Auschwitz-Komitees endet mit dem Fazit: „Die Nazis sind nie weg gewesen.“

„Den größten Erfolg erzielten wir in Thüringen. Dort sind wir heute wirklich die ausschlaggebende Partei.[...] Die Parteien in Thüringen, die bisher die Regierung bildeten, vermögen ohne unsere Mitwirkung keine Majorität aufzubringen.“

Adolf Hitler, 2. Februar 1930



Wahlplakat der FDP, 1949



Was steckt eigentlich dahinter?

„Soziale Marktwirtschaft“

Ob im SoWi-, Wirtschafts- oder Politikunterricht: Immer wieder läuft uns der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ über den Weg. Voller Begeisterung erzählen uns die Bücher in der Schule, genau wie die Wirtschaftsexperten im Fernsehen, dass Dank dieses Systems in Deutschland niemand hungern müsse. Als ideologischer Vater dieser „sozialen Marktwirtschaft“ gilt im Allgemeinen Ludwig Erhard, Gründer des „Instituts für Industrieforschung“, das bis 1945 von der „Reichsgruppe Industrie“ gefördert wurde und später Wirtschaftsminister sowie Bundeskanzler.

Uns wird gesagt, dass dieses Wirtschaftssystem eine sozialere Form des Kapitalismus sei.

„Kapitalismus? Wir leben doch in einer sozialen Marktwirtschaft!“ haben wir wohl alle schon gehört. Wesensmerkmal sei ein freier Markt, jedoch mit staatlicher Regulierung, z.B. durch Konjunkturpolitik sowie einen aktiven Sozialstaat. Dadurch sei nun alles anders als noch zu Zeiten des „entfesselten“ „Manchesterkapitalismus“. Doch was ist da dran? Ist die „soziale Marktwirtschaft“ tatsächlich ein Zeichen des „sozialen Friedens“ und des guten Willens der Kapitalisten?

Gewisse Abmilderungen der Ausbeutung der Arbeitenden, wie das Sozialversicherungssystem, gab es schon unter Bismarck, der damit auf die erstarkende Arbeiterbewegung reagieren und diese durch kleine Zugeständnisse schwächen wollte.

Das heißt: Rentenversicherung und Co. sind die Ergebnisse einer Phase des zunehmenden Klassenkampfes.

Wie begrenzt diese „Fürsorge“ des Staates ist, zeigt sich bis heute am Hartz-IV-Sanktionsregime, der Zwei-Klassenmedizin oder den millionenfachen Armutsrenten. Mit der staatlichen „Regulierung“ des Marktes durch Kartellamt, Konjunkturpolitik etc. sieht es bei genauerem Hinsehen auch nicht besser aus.

Die Konjunkturpolitik, also Investitionstätigkeiten des Staates zur „Rettung“ der Wirtschaft und damit verbunden, so die Schulbücher, auch der Arbeitsplätze, ist kein netter Einfall eines dem Wohl der arbeitenden Bevölkerung dienenden Staates, sondern ab einem gewissen Zeitpunkt zur Aufrechterhaltung des Systems notwendig geworden. Die ständig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen werden heftiger, die „Selbstreinigungskräfte“ des Marktes greifen immer weniger.

Die Folge: Regelmäßig müssen riesige Geldsummen in den Wirtschaftskreislauf gepumpt werden, damit VW, Deutsche Bank & Co die Krisen überstehen und „wettbewerbsfähig“ bleiben.

In der letzten Weltwirtschaftskrise wurden zig Milliarden Euro in die Banken gesteckt – Geld, das über Steuern zum allergrößten Teil von der lohnabhängigen Bevölkerung aufgebracht und nun den Banken und Konzernen geschenkt wurde. Arbeitsplätze wurden und werden trotzdem wegrationalisiert oder in Leih-, Zeit-, oder Kurzarbeitsplätze verwandelt.

Diese vermeintlich „soziale“ Marktwirtschaft ist am Ende auch nur die hier und da verschleierte Umverteilung von Unten nach

Oben, die Verarmung immer größerer Teile der Werk-tätigen trotz kleiner Zugeständnisse. „Gewöhnlicher“ Kapitalismus eben.

Mehr dazu:
www.sdaj.org/position/



Wenn du mit uns zu
Veranstaltungen
fahren willst
oder zum Pfingstcamp der
SDAJ oder auf
dem Pressefest der DKP
diskutieren und feiern
möchtest, schreib uns!

Auf facebook.com/DKP
Linkeliste/

Pfingstcamp 29.5-1.6.2020

**UZ-Pressefest
28.8-30.8.2020**

VORMERKEN

1. Mai

**1. Mai 2020 - 10 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden**

mit **Dr. David Salomon**
Sozialwissenschaftler

**Fridays for Future - n.n.
angefragt**

**Grußwort des Bürgermeisters
Thomas Winkler**

**Marlene Schwarz alias
Hertha Wacker, Kabarett**

**Cabaret Paris
Witz, Satire und Ironie mit
französischem Touch und
viel Musik**

**Parteien und Vereine stellen
ihre Arbeit vor**

DGB

**Saalöffnung
9.30 Uhr**

KOMMUNALES

Feuerwengerätehaus Walldorf

Mehr am Rande der Beratungen zur Bürgermeistervorlage zum Vergabeverfahren von Planungsleistungen für das Feuerwengerätehaus Walldorf kam raus:

Der am 17. Dezember von der SPD/FW/FDP-Koalition beschlossene Haushaltsplan 2020/21 liegt der Genehmigungsbehörde bisher noch nicht mal vor. „Vielleicht schaffen wir es bis Ende Februar,“ meinte Erster Stadtrat und Stadtkämmerer Ziegler. Wann mit einem genehmigten Haushalt zu rechnen ist, blieb deshalb offen. „Wenn er beim RP vorliegt, rechne ich mit 6 - 8 Wochen.“

Eingenehmigter Haushalt wurde aber vom Ersten Stadtrat und der Koalition vehement als Voraussetzung für den Beschluss zum Vergabeverfahren für Planungsleistungen für das Feuerwengerätehaus Walldorf angesehen und es wurden schwere rechtliche Bedenken angemeldet.

Die Planung für das Walldorfer Feuerwengerätehaus wird damit weiter verzögert.

Statt zu versuchen, den neuen Bürgermeister und die Opposition über die

Grenzen der „vorläufigen Haushaltsführung“ zu belehren und bei der Planung eines ungeliebten Projekts auf der Bremse zu stehen, sollten der Erste Stadtrat und seine Mehrheit mal zusehen, dass der Haushalt dem RP zur Genehmigung vorgelegt wird - wenn sie schon nicht die Courage haben, bei der Umsetzung einer durch Bürgerentscheid entschiedenen Frage rechtliche Bedenken zurückzustellen.

Immerhin hat die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, dass die Planungsleistungen beauftragt werden, sobald eine Haushaltsgenehmigung vorliegt. Es geht langsam voran. GS

Antrag der DKP/LL beschlossen

Offene Bücherschränke kommen

Im Rahmen der Umgestaltung des Gebietes Mörfelden Nordwest (Programm „Soziale Stadt“) werden an zwei Standorten „offene Bücherschränke“ aufgestellt.

Geeignete Standorte werden im Rahmen der weiteren Planung durch die Steuerungsgruppe festgelegt.



8. März

Internationaler Frauentag

Auch in unserer Stadt gibt es Veranstaltungen und Aktionen. Am 7. März im Kulturbahnhof. Die DKP verteilt wie in jedem Jahr rote Nelken.

Wer kennt Geschichten vom „Gritsche-Schorsch“?

Für ein Theaterstück werden noch Erinnerungen aus der traumhaften Gritsch-Zeit gesucht.

Bitte melden unter Tel. 1385

Wir suchen Fotos von der Synagoge in Mörfelden

blickpunkt-Redaktion
Telefon 22363

Wir bedanken uns für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten haben!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419

Leuchtturmprojekt kommt voran

Schubertstraße: Architekturbüro für neues Ärztehaus mit Kita und Nachbarschaftszentrum gefunden

Mörfelden-Walldorf (ula). Winkler betont, aber Mörfeldens Stadtquartier mit beson...

Aus „Freitags-Anzeiger“



Wir freuen uns, wenn es bald ein neues Ärztehaus gibt. Der Baubeginn soll 2021 sein - heißt es.

Wie schnell die Zeit vergeht. Das heutige Ärztehaus hatte die DKP im Parlament initiiert und in dieser Zeitung gefordert und begleitet.

(„blickpunkt“ vom September 1976)

Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden

Nr. 89 - September 1976

blickpunkt

Das Ärztehaus kommt

Jahrelanger Kampf der Mörfelder DKP führte zum Erfolg

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Es gibt Grenzen!
...auch für
Fraport

DKP ■
LINKE LISTE

Stadtverordnetenfraktion



Halden wie im Kalibergbau
nur gefährlicher

Man darf Fraport nicht
alles genehmigen!

DKP ■
LINKE LISTE

Stadtverordnetenfraktion



FRAPORT:
Ständige Waldverluste.
Gewaltiges
Verkehrsaufkommen in der
Luft und auf den Straßen.
Flächenversiegelung
so weit das Auge reicht.
Krach und
Luftverschmutzung.
Gifthalde in
Sichtweite.

DKP ■
LINKE LISTE

Stadtverordnetenfraktion

Fraport spürt Widerstand und rudert offenbar zurück

Als bekannt wurde, Fraport will bis zu 600.000 Kubikmeter giftige Erde direkt an unserer Stadtgrenze lagern, kam es zu einer Welle von Protesten. Ungezählte Stellungnahmen in den Medien, Infostände, Kundgebungen und Veranstaltungen, parlamentarische und juristische Schritte, Transparente. Die DKP/LL druckte Plakate (einige Beispiele abgedruckt).

Mittlerweile hieß es: Die umstrittene Deponie für kontaminierte Erde auf dem Flughafengelände wird möglicherweise doch nicht realisiert. Offenbar ist Fraport die Sache „zu heiß“ geworden. Wir raten weiter zu Wachsamkeit.

Meine Meinung!

Deine Meinung?



Am 1. 1. 2020 stand ein Jubiläum an: „25 Jahre Zerschlagung der Deutschen Bundespost.“

„Eine der größten Reformen der deutschen Wirtschaftsgeschichte“, nannte das der letzte Postminister Wolfgang Bötsch (CSU). Drei ökonomisch unabhängige AG's entstanden: Postbank, Telekom und Post. Jahrzehntlang war die Deutsche Post ein ertragreiches Staatsunternehmen, oftmals renditestärker als die Deutsche Bundesbank.

In den vier Jahren seit der Wiedervereinigung bis 1995 investierte die Post 70 Mrd. DM in die Modernisierung des Telefonnetzes in den neuen Bundesländern. Ein Beweis der Leistungsfähigkeit von Staatsunternehmen (heute muss der Staat - Stadt, Land, Bund - mit Investitionsförderung

eingreifen um die Breitbandtechnik zu installieren).

Die hohen Investitionskosten wurden als Grund für die Privatisierung benutzt. Außerdem könnten sich nur private Konzerne im Ausland engagieren. (Welches Interesse sollten deutsche Bürger an dieser Art Kapitalexport haben?) Das Engagement in den USA hat dem Konzern viele Mrd. Verluste eingebracht.

Die Liberalisierung der Postdienste zeigte Wirkung negativer Art. Durch die „Rosinenpickerei“ entstanden Konzerne wie UPS, DPD etc. Die Umsätze und Erträge fehlen der Post; und man wehrt sich mit höheren Posttarifen. Zudem entstanden viele prekäre Arbeitsverhältnisse.

Erinnern Sie sich noch an den strategischen Kopf der Post-„Reform“ Klaus Zumwinkel? Erbe eines arisierten Handelshauses, Unternehmensberater bei McKinsey, Chef bei Quelle, ab 1989 Geschäftsführer der Post und ab 1995 Vorstandsvorsitzender der Deutschen

Post AG. Die „kleinen Vergehen“ dieses Herrn sind auch noch in Erinnerung: Gründung eines Arbeitgeberpropaganda betreibenden Instituts, das von der Post finanziert wurde. Dann die jahrelange Steuerhinterziehung zu seinen Gunsten, die 2008 aufgedeckt wurde. Sein Nachfolger Frank Appel kam ebenfalls von McKinsey und führt die Krankschrumpfung der Post seines Vorgängers durch Ausgliederung und Personalabbau konsequent weiter.

R. D.

**Wer uns helfen will beim
Verteilen dieser Zeitung,
wer Ideen und Vorschläge
hat oder beim
„blickpunkt“
mitwirken will - kann
sich gerne melden.**

**Infos:
RudiH@dkp-mw.de**

Stadtgeschichten



Kuhfuhrwerke zählten noch vor wenigen Jahrzehnten zum täglichen Straßenbild unserer Gemeinde. Obwohl weniger leistungsstark als Pferde, waren Kühe bei der oft nur im Nebenerwerb betriebenen Landwirtschaft in unserer Region auch als Zugtiere recht beliebt, da die zusätzlich erworbene Milch auch noch ein paar Pfennige einbrachte. Aus der Chronik ist zu entnehmen, dass es in der Gemeinde Mörfelden im Jahre 1800 noch 330 Kühe, 185 Rinder und 55 Ochsen gab. Mörfelden hatte damals 710 Einwohner. Kühe als Zugtiere und Milchlieferanten waren in unserem Ort bis in die Zeit kurz nach dem 2. Weltkrieg, etwa Anfang der 1950er Jahre, im Einsatz.

Auf dem heutigen Foto, etwa aus dem Jahre 1936, sehen wir Heinrich Balthasar Raiß (1870-1948) aus der Wolfsgartenstraße mit seiner Frau Margarethe Raiß geb. Arndt (1876-1938) und ihrem Enkel Karl-Heinz Kemmler auf dem Wagen sitzend. Sicher hat es damals geheißt, „Wir müssen noch mal auf die Wiese und etwas Grünfutter holen.“

Der kleine Karl-Heinz durfte schon die Peitsche halten um die vorgespannnte Kuh, die „Simmentaler-Liese“, anzufeuern. Die großwüchsige, gescheckte Rasse geht auf Hausrinder aus dem Simmental, im Schweizer Berner Oberland zurück.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



**„Ein Hoch auf uns!“ Ein Abend zum
Internationalen Frauentag – nur für Frauen**
Samstag, 7. März - 19:30 Uhr - Eintritt frei

Country und Blues Jam Session
Freitag, 13. März - 20 Uhr - Eintritt frei

**The Fishing Souls treffen
Lidschi & the Melodymakers**
Hessian Soulfood meets Bavarian Rock'n Soul Show
Samstag, 14. März - 20 Uhr - Eintritt: 10,-/ 8,-
VVK im KuBa, Merfeller Shop und
Buchhandlung Giebel

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 19. März - 20 Uhr - Eintritt frei

Repair Café - Wegwerfen? Denkstil!
Samstag, 21. März 2020 - 15-18 Uhr - Eintritt frei

**Kindertheater: „Komm, ich mach dich
gesund, sagte der Bär“**
Donnerstag, 26. März - 10 Uhr und 15.30 Uhr -
Eintritt: 5,-

Nostalgie Paris (Petit Orchestre de Musette)
Samstag, 28. März - 20 Uhr - Eintritt: 10,-/ 8,-
VVK im KuBa und Buchhandlung Giebel

Sonntags-Matinee PopCHORn & Friends
Sonntag, 29. März - 11 Uhr - Eintritt: 5,-/ 3,-
VVK im KuBa, Merfeller Shop und
Buchhandlung Giebel

Unser Lexikon

Schbrisch

Heit losse
merr die
Sau eraus.